

23. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 9. MAI 2006

Vorlage Nr. 670 ANTRAG
Zu TOP 23

A N T R A G

der Stadträtinnen Dr. Gisela Splett, Dr. Dorothea Polle-Holl und Anne Segor,
des Stadtrats Tim Wirth (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom
15.
März 2006

Rauchfreie Schulen in Karlsruhe

- Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Schulen in Karlsruhe rauchfrei werden
- Der Gemeinderat regt an, dass in allen Schulen der Stadt Karlsruhe die Nichtraucher-Programme "Be Smart - Don't Start" und "Just be smokefree" durchgeführt werden. Besonders beworben werden dabei die Schulen, die noch nicht am Programm teilgenommen haben.
- Den Schulen wird zudem empfohlen, das Thema "Rauchfreie Schule" thematisch in die SMV-Treffen, die Elternabende, Elternbeiratssitzungen und die Schulkonferenz aufzunehmen und dort ausführlich zu diskutieren. Eine schulinterne Lösung zur Rauchfreiheit an der Schule soll angestrebt werden.
- Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, die Schulen, die sich für Rauchfreiheit einsetzen, in der Umsetzung mit den notwendigen Ressourcen (Beratung, Medien usw.) zu unterstützen.
- Die Verwaltung erstattet dem Gemeinderat jährlich einen Bericht über die Fortschritte in Bezug auf das Ziel "Rauchfreie Schulen in Karlsruhe".

Sachverhalt/Begründung:

Mehr als 100.000 Menschen sterben jährlich in Deutschland an "tabakbedingten Krankheiten". 39 Prozent der Männer und 31 Prozent der Frauen in Deutschland rauchen. Ein Drittel davon sind Vielraucher, ein Großteil nach aktuellen Schätzungen nikotinabhängig. Die Folgen sind allen bekannt: Lungenkrebs, Herzgefäßerkrankungen, Herzinfarkt, chronische Bronchitis, Kehlkopfkrebs, Schlaganfall und so weiter. Alle Raucher wissen zwar Bescheid über die Gesundheitsgefahr, die wenigsten hören aber tatsächlich auf.

Besorgniserregend ist die Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen. Das Einstiegsalter in die Droge Nikotin sinkt bei Mädchen ebenso wie bei Jungen und liegt mittlerweile im Durchschnitt bei 11,6 Jahren. Der beste Rat für Kinder ist deshalb, niemals anzufangen, und wenn doch, dann so schnell wie möglich wieder aufzuhören.

Für Kinder und Jugendliche spielt die Vorbildfunktion der Erzieher in den Schulen eine besonders große Rolle. Auch Lehrer/-innen, die rauchen, sollten unserer Meinung nach im Schulgebäude auf die Zigarette verzichten und somit den Schülerinnen und Schülern mit eigenem Verhalten das Nichtrauchen vormachen.

Eine Gesetzesinitiative im Landtag von BaWü, in staatlichen Schulen das Rauchen zu verbieten, so wie es in Hessen, Berlin und Bayern bereits üblich ist, ist leider an den Mehrheiten gescheitert. Die Stadt Karlsruhe kann jedoch die prinzipielle Bereitschaft zu rauchfreien Karlsruher Schulen ausdrücken und dieses Anliegen mit den entsprechenden Mitteln und Möglichkeiten unterstützen. Im Stadtgebiet wird dies bereits in mehreren öffentlichen Gebäuden so praktiziert.

Da Verbote jedoch aus keinem Raucher einen Nichtraucher machen, sind Prävention und Aufklärungsarbeit parallel zu einem Rauchverbot besonders wichtig. Optimal dafür geeignet ist der Nichtraucher-Wettbewerb "Be Smart - Don't Start", der mit ausführlichem Programm und viel Hintergrundinformation zum Thema ausgestattet ist und in Karlsruhe bereits an 15 Schulen jeder Schulart mit insgesamt 28 Klassen erfolgreich durchgeführt wird. Laut Auskunft des Landesministeriums für Arbeit und Soziales wird das Programm auch im kommenden Schuljahr 2006/2007 angeboten.

"Be Smart - Don't Start" ist kein Programm zur Raucherentwöhnung. Wenn in der Klasse bereits mehr als 10 % der Schülerinnen und Schüler regelmäßig rauchen, ist von einer Teilnahme am Wettbewerb abzuraten. Für diese Klassen bietet sich die Teilnahme an dem Programm "Just be smokefree" an.

Das Thema "Nichtrauchen an der Schule" kann letztendlich nur Erfolg haben, wenn es an den einzelnen Schulen intern diskutiert und in den verschiedenen Gremien wie SMV, Elternbeirat und Schulkonferenz inhaltlich unterstützt wird.

Optimalerweise könnte das Thema sogar einzelnen Klassen mit den Klassen- oder Fachlehrern bearbeitet werden und an einem Aktionstag mit einer schulinternen Lösung vorgestellt werden.

Um die genannten Vorhaben und Ziele wirksam an den Schulen umzusetzen, ist finanzielle und personelle Hilfestellung der entsprechenden städtischen Stellen notwendig.

gez. Dr. Gisela Splett
gez. Dr. Dorothea Polle-Holl
gez. Anne Segor
gez. Tim Wirth

Hauptamt -Sitzungsdienste -
27. April 2006

Stellungnahme: